

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

7. August 2025

Carmen Simon

☎ 361 – 10289

Protokoll

der siebten Sitzung des Landesausschusses für Berufsbildung (LAB) in der 14. Amtsperiode am 19. Juni 2025

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Ort: Berufliche Schule für Dienstleistung, Gewerbe und Gestaltung
(Georg-Büchner-Straße 13, 25754 Bremerhaven)

Teilnehmende: s. Anlage 1

TOP 1: Begrüßung

Daniela Teppich begrüßt die Anwesenden im Lehrrestaurant der Beruflichen Schule für Dienstleistung, Gewerbe und Gestaltung in Bremerhaven und dankt für die Gastfreundschaft. Sie informiert, dass der Rundgang durch die Schule in der Mitte der Sitzung stattfindet, da Dr. Thomas Köcher die Sitzung aufgrund eines Anschlusstermins rechtzeitig verlassen müsse.

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2: Abstimmung des Protokolls der sechsten Sitzung in der 14. Amtsperiode vom 20. Februar 2025

Das Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 2025 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: Was ist Demokratiebildung?

Dr. Thomas Köcher gibt einen Überblick zum Thema „Demokratiebildung“ (Anlage 2).

Eine Vertreterin der Arbeitnehmerseite spricht sich dafür aus, mehr in politische Bildung zu investieren und Strategien zu entwickeln, wie man Menschen besser erreichen und Dinge verändern könne.

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

Dr. Thomas Köcher ergänzt, dass der Begriff „Demokratie“ in der heutigen Zeit nicht mehr nur positiv besetzt sei, was sich in den USA bereits deutlich zeige. Daher müsse das Wertesystem stärker hervorgehoben werden. In Ostdeutschland seien die Unternehmensverbände vor den Bundes- und Landtagswahlen dafür eingetreten. Angesichts der Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft gehe es vor allem darum, für Respekt und Weltoffenheit zu werben. Ziel sei es nicht, eine Meinung durchzusetzen, sondern vielmehr, gehört zu werden.

Eine Vertreterin der Arbeitgeberseite hält es ebenfalls für wichtig, dass Unternehmen ihren Beitrag zur Wertevermittlung leisten, z. B. über eine gelebte Unternehmenskultur. Insbesondere für Branchen wie z.B. dem Baugewerbe, in denen kulturelle Vielfalt herrsche, nehme die Bedeutung dafür zu. Mangelnde Diskursfähigkeit von Auszubildenden führe häufig zu einem Abbruch der Ausbildung, wie sich in persönlichen Gesprächen gezeigt habe. Diese Schlüsselkompetenz müsse daher dringend gestärkt werden.

Eine Vertreterin der Agentur für Arbeit spricht sich dafür aus, nicht nur die jungen Menschen, sondern die gesamte Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Jede:r könne seinen Beitrag leisten, um das gesellschaftlich-demokratische Miteinander zu stärken.

Eine Vertreterin der obersten Landesbehörden spricht die nicht selten herrschende Überforderung bei rechtsextremen Äußerungen an. Ein Leitbild sei ein erster Schritt, um die Thematik ins Bewusstsein zu rücken. Auszubildende, aber auch Lehrkräfte bräuchten darüber hinaus Rüstzeug, um mit solchen Situationen sicher umgehen zu können.

Dr. Thomas Köcher verweist auf das Landesinstitut für Schule, das für die Lehrkräftefortbildung im Land zuständig sei und entsprechende Angebote für solche Situationen vorhalte. Mit „Schule ohne Rassismus“ gebe es unter Koordination der Landeszentrale für politische Bildung zudem ein Projekt für alle Menschen, die an einer Schule lernen oder arbeiten und sich gegen alle Formen von Diskriminierung und Rassismus engagieren möchten. Dr. Thomas Köcher hebt noch einmal hervor, dass politische Bildung nicht neutral sei, sondern auf den Werten des Grundgesetzes und der Menschenrechte basiere.

Ina Mausolf schildert, dass sie als Vorsitzende des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung im Januar an der Tagung „Demokratiebildung im Beruf“ und an der Podiumsdiskussion teilgenommen habe. Dabei sei deutlich geworden, dass Demokratie heute nicht mehr zum Selbstverständnis gehöre. Der heutige Input von Dr. Thomas Köcher könne als Einstieg dienen, um in einem weiteren Schritt zu beraten, was der LAB leisten könne, um die

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

Demokratiebildung zu stärken. Dabei sei auch denkbar, eine gemeinsame Sitzung zu der Thematik mit dem Landesausschuss für Weiterbildung durchzuführen, um den Blickwinkel zu erweitern. Ina Mausolf schlägt weiter vor, auch die Bewerbung von Bildungszeitveranstaltungen für Auszubildende in den Blick zu nehmen. Über Bildungszeit sei es beispielsweise möglich, Angebote der politischen Bildung wahrzunehmen.

Eine Vertreterin der Arbeitnehmerseite weist darauf hin, dass sie in einem bundesweiten Projekt mit Laufzeit bis Ende des Jahres 2027 arbeite, das Institutionen als auch Gremien zum Umgang mit Rechtsextremismus und anderen Diskriminierungen berate sowie entsprechende Fachtagungen etc. dazu anbiete.

Daniela Teppich dankt Dr. Thomas Köcher für den interessanten Input. Sie schlägt vor, dass die Vorsitzenden gemeinsam mit der geschäftsführenden Stelle einen Vorschlag erarbeiten, wie das Thema im LAB weiterverfolgt und vorangebracht werden könne. Dieser Vorschlag wird von den Anwesenden befürwortet.

Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Zeit schlägt Daniela Teppich vor, dass die Sitzung nach TOP 6 zu beenden. Dies trifft auf Zustimmung.

TOP 4: Kurzer Rundgang durch die Schule

Claudia Rass-Polacek stellt die Schule und den Campus kurz vor. Es folgt ein Rundgang durch verschiedene Fachbereiche der berufsbildenden Schule.

Daniela Teppich dankt Claudia Rass-Polacek und Dieter Käding, der stellvertretenden Schulleitung, für den interessanten Einblick in die vielfältigen Bereiche der berufsbildenden Schule.

TOP 5: Auswirkungen der Kürzungen der ESF-Mittel auf die berufliche Bildung, Berufsorientierungsmaßnahmen und Sprachangebote (insbesondere für Auszubildende)

Ingrun Belzer von der Senatorin für Soziales, Jugend und Integration stellt den aktuellen Stand und die künftige Planung der ESF-Förderung im Land Bremen vor (Anlage 3).

Ina Mausolf weist darauf hin, dass Projekte im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung mit ESF-Mitteln gefördert worden seien, für die nun keine Mittel mehr zur Verfügung stehen würden. Sie betont, dass Sprache und Literalität elementare Bestandteile einer erfolgreichen Arbeitsmarktintegration seien und es dafür dringend Mittel brauche. Die Senatorin für Kinder und

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

Bildung stelle über das Projekt „Neue Formate in der Weiterbildung“ für das Jahr 2025 Mittel in Höhe von 200.000 Euro bereit, um u. a. Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung und auch der politischen Bildung zu finanzieren. Der Bedarf sei aber deutlich höher.

Auf Nachfrage erläutert Ingrun Belzer, dass für die Fortführung einiger Projekte EU-Fördermittel über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) beantragt worden seien. Die Bewilligung der Mittel stehe noch aus. Sie ergänzt, dass auch der AMIF eine Kofinanzierung des Landes vorsehe. Zur Frage, ob Maßnahme der beruflichen Orientierung künftig über den Ausbildungsunterstützungsfonds finanziert werden würden, verweist sie auf den nächsten TOP. Bei einer Finanzierung über den Ausbildungsunterstützungsfonds sei zu bedenken, dass eine Finanzierung bereits bestehender Maßnahmen ausgeschlossen sei.

Ina Mausolf informiert, dass viele Maßnahmen der beruflichen Orientierung wie die Werkstatttage und Potenzialanalysen über die Bund-Land-BA-Vereinbarung der Initiative „Bildungsketten“ gefördert werden würden. Die Laufzeit der aktuellen Vereinbarung ende im Dezember 2026. Es werde erwartet, dass es unter der neuen Bundesregierung eine weitere Vereinbarung geben werde. Falls dies nicht der Fall sei, müsse man nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten suchen.

Michael Zeimet dankt für den aktuellen Sachstand. Er spricht sich dafür aus, auch künftig ESF-finanzierte Maßnahmen der beruflichen Orientierung mitzudenken. Im Ausbildungsunterstützungsfonds würden seiner Einschätzung nach nicht ausreichend Mittel dafür zur Verfügung stehen. Er erkundigt sich nach dem Ausbildungsverbund/ Seestadtverbund Bremerhaven, der hier als Projekt genannt werde, das fortgeführt werde. Er sei davon ausgegangen, dass dieses Projekt beendet werde. Michael Zeimet erkundigt sich zudem, weshalb schon zum jetzigen Zeitpunkt der Förderperiode keine ESF-Mittel mehr zur Verfügung stehen würden. Die Ausbildungsverbünde seien in der Öffentlichkeit häufig als ursächlich dafür genannt worden.

Ingrun Belzer berichtet, dass der Seestadtverbund Bremerhaven ausschließlich für die derzeit sich in Ausbildung befindenden jungen Menschen fortgesetzt werde. Neue Plätze werde es nicht geben. Sie erläutert, dass es über den ESF keine Vollfinanzierung der Maßnahmen gebe, sondern das Land eine Kofinanzierung leisten müsse. Die ESF-Gelder würden zu Beginn der Förderperiode insgesamt zur Verfügung gestellt werden und es sei ein Budgetvorgriff darauf möglich. Die Landeskofinanzierung stünde hingegen in etwa gleichbleibender Höhe für jedes Jahr der Förderperiode zur Verfügung. Es sei daher richtig, dass die EU-Mittel zum jetzigen Zeitpunkt durch den möglichen Budgetvorgriff bereits verausgabt seien, die Mittel der Landeskofinanzierung seien aber bis Ende der Laufzeit verfügbar.

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

Auf Nachfrage einer Vertreterin der Agentur für Arbeit schildert Ingrun Belzer, dass die Aufsuchende Beratung über den AMIF fortgeführt werde. Zu dem Hinweis einer Vertreterin der Arbeitnehmerseite, ob eine Evaluation der Ausbildungsverbünde sinnvoll sei, informiert Ingrun Belzer, dass es dazu in der staatlichen Deputation für Arbeit im Juni einen Bericht gegeben habe (Anlage 4).

Daniela Teppich dankt Ingrun Belzer für den Sachstandsbericht.

TOP 6: Sachstandsbericht zum Ausbildungsunterstützungsfonds

Claudia Koring und Svenja Rohlfing, Leitung der Geschäftsstelle des Verwaltungsrates des Ausbildungsunterstützungsfonds, informieren gemeinsam über den Ausbildungsunterstützungsfonds (Anlage 5). Claudia Koring führt aus, dass man im ersten Jahr über den Ausbildungsunterstützungsfonds voraussichtlich Einnahmen in Höhe von 4 Millionen Euro erzielen werde. Svenja Rohlfing ergänzt, dass zum jetzigen Zeitpunkt bereits 2,6 Millionen Euro hätten vereinnahmt werden können.

Eine Vertreterin der Agentur für Arbeit erkundigt sich, wie viel Personal bei der Umsetzung des Ausbildungsunterstützungsfonds eingesetzt und ob dieses aus den Fondseinnahmen finanziert werde.

Claudia Koring erläutert, dass für diesen Bereich insgesamt 7,1 VZÄ vorgesehen seien. 2,5 VZÄ davon seien derzeit unbesetzt. Der überwiegende Teil des Personals komme aus dem eigenen Personalbestand.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Daniela Teppich dankt für den Einblick.

TOP 7: Blitzlicht zur aktuellen Situation in der Ausbildung

Dieser TOP wird ausgesetzt.

TOP 8: Verschiedenes

Dieser TOP wird ausgesetzt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

Daniela Teppich dankt Claudia Ras-Polacek und Dieter Käding noch einmal ausdrücklich für die Gastfreundschaft und die hervorragende Bewirtung. Da Dieter Käding mit Ende des Schuljahres aus dem Dienst ausscheidet, wünscht sie ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute. Die Sitzung wird um 18:00 Uhr geschlossen.

gez. Daniela Teppich
(Vorsitz)

gez. Carmen Simon
(Protokollantin)

- Anlage 1: Anwesenheitsliste
- Anlage 2: Demokratiebildung (Präsentation)
- Anlage 3: Sachstand und Zukunft des ESF (Präsentation)
- Anlage 4: Ausbildungsverbünde – Berichtsbitte der Fraktion der FDP (Vorlage nebst Anlage für die staatliche Deputation für Arbeit am 3. Juni 2025)
- Anlage 5: Bericht zum Ausbildungsunterstützungsfonds (Präsentation)

		Name	Institution	Unterschrift
Arbeitnehmervertreter:innen	Mitglieder	Dirk Bohlmann		entschuldigt
		Irene Purschke	KiTa Bremen/ GPR/ ver.di	
		Carmen Rehkopf	Berufliche Schulen für Technik (BST)/ GEW	
		Antonia Schmider		
		Alexander Stavenhagen		
	Stellvertreter:innen	Daniela Teppich	DGB Bremen-Elbe-Weser	
		Julia Celikkilic		
		Dennis Cordes		
		Daniel Kerekes		
		Karsten Krüger	Allgemeine Berufsbildende Schule Bremen (ABS)/ GEW	entschuldigt
		Jerome Geisinger	IG Metall	
		Jannik Michaelisen	ver.di Bezirk Bremen-Nordniedersachsen	

Name		Institution	Unterschrift
Arbeitgebervertreter:innen	Mitglieder	Melanie Campbell	
		Ricarda Kneiser	
		Tim Lindemann	entschuldigt
		Alexandra Prokopenko	entschuldigt
		Carsten Schlegel	entschuldigt
		Michael Zeimet	
Stellvertreter:innen		Dennis Bora	
		Julia Brandt	entschuldigt
		Marcel Christmann	
		 Evelyn Gottemyer-Juhl	
		Tim Oberdieck	
		Anja Oden	entschuldigt

Vertreter:innen der Obersten Landesbehörden		Name	Institution	Unterschrift
Mitglieder		Claudia Koring	Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration	
		Jochen Kriesten	Der Senator für Finanzen	entschuldigt
		Jens Oestreich	Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz	entschuldigt
		Andrea Quick	Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	entschuldigt
		Claudia Rass-Polacek	SZ Carl von Ossietzky - Berufliche Schulen für Dienstleistung, Gewerbe und Gestaltung	
Stellvertreter:innen		Tobias Weigelt	Die Senatorin für Kinder und Bildung	entschuldigt
		Till Bellmann-Nitz	Die Senatorin für Kinder und Bildung	entschuldigt
		Kathrin Fabian	Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz	
		Fred Oehlkers	Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation	
		N.N.	Der Senator für Finanzen	
		Dr. Veit Sorge	Die Senatorin für Kinder und Bildung	entschuldigt
		Judith Weidmann	Jugendsberufsagentur Bremerhaven	

Name	Institution	Unterschrift
Ständige Gäste	Carola Brunotte	<i>Carola Brunotte</i>
	Farad Hassanpour	
	Tristan Reim	
	Bettina Hornhues	
	Dr. Franziska Tell	entschuldigt
	Jörg Zager	
	Dr. Janis Vossiek	<i>J. Vossiek</i>
Geschäftsführende Stelle	Kendra Hoffmann	<i>Kendra Hoffmann</i>
	Ina Mausolf	<i>Ina Mausolf</i>
	Carmen Simon	<i>Carmen Simon</i>

Name		Institution	Unterschrift
Weitere Teilnehmer:innen	S. Rohlfing	SAS GI	
	Oliver Kuhn	SAS GI	
	Ingrid Beher	SAS GI	



Sachstand & Zukunft des ESF

Landesausschuss für Berufsbildung
am 19.06.2025



Grundsätzliches

- ESF Plus-Programm der Förderperiode 2021 – 2027: 150,5 Mio. €
 - davon: Europäische Mittel: 60,2 Mio. €
 - davon: nationale Kofinanzierung: 90,3 Mio. €
- Die europäischen Mittel (= 60,2 Mio. €) sind bereits vollständig gebunden und größtenteils verausgabt
- Die nationale Kofinanzierung (= 90,3 Mio. €) muss jedoch in großen Teilen noch erbracht werden



Grundsätzliches

Sachstand zu 2025

- April 2025: Gremienbefassung zur Auflösung eines Defizits in Höhe von 19,3 Mio. € im Produktplan Arbeit
 - Mittelumschichtung zwischen dem ESF-Programm des Bundes an das Land Bremen
 - Vrsl. weitere Mittelumschichtung zwischen dem EFRE-Programm an das ESF-Programm
- 2025 ist vrsl. abgesichert
(Projektverlängerungen stehen unmittelbar bevor)



Aktueller Sachstand zu den Haushaltsverhandlungen

Mögliche Eckwerteerhöhung für 2026/2027:

- Sehr wahrscheinlich wird der jährliche Betrag der Landesmittel im kommenden Haushalt aufgestockt
- Dadurch werden die wegfallenden ESF-Mittel teilweise durch Mittel des Landeshaushalts kompensiert
- Mehr Maßnahmen als erwartet können verlängert werden



Auswirkungen auf Berufliche Bildung, BOM und Sprachangebote

- Politische Einigung hinsichtlich der Folgeperspektive für das Restjahr 2025 und das Jahr 2026 ist herbeigeführt
- Gleichzeitig erfolgt die Abstimmung einer Landesstrategie zur Ausgestaltung der künftigen Arbeitsmarktpolitik
 - Zielgruppe: Geringqualifizierte
 - Handlungsfeld: Fachkräftegewinnung bzw. Fachkräftegewinnung durch Ausbildung



Auswirkungen auf Berufliche Bildung, BOM und Sprachangebote

Vrsl. fortgesetzt in 2026 werden u.a. folgende Maßnahmen:

- Ausbildungsverbund Bremen/ Seestadtverbund BHV
- Wege in Beschäftigung (HB/ BHV)
- Landesagentur für berufliche Weiterbildung und Transformation (LABEW+)
- Qualifizierung rund um den Job
- Projekte zur Nachholung von Schulabschlüssen (z.B. Frau, Schule und Beruf/ Schulmodul im Förderzentrum U25/ Mobile Bildungsangebote im Förderzentrum SAILING IN)
- Aufsuchende Beratung/ Aufsuchende Beratung für junge Geflüchtete
- MOBA-Beratungsstelle für Opfer von Arbeitsausbeutung



Auswirkungen auf Berufliche Bildung, BOM und Sprachangebote

Vrsl. nicht länger über den ESF gefördert werden:

- Berufsorientierungsmaßnahmen (-> Nachrangigkeit des ESF gegenüber dem Ausbildungsunterstützungsfonds)
- Sprachangebote (-> Teilüberführung von Maßnahmen in den AMIF)



KONTAKT ESF PLUS:

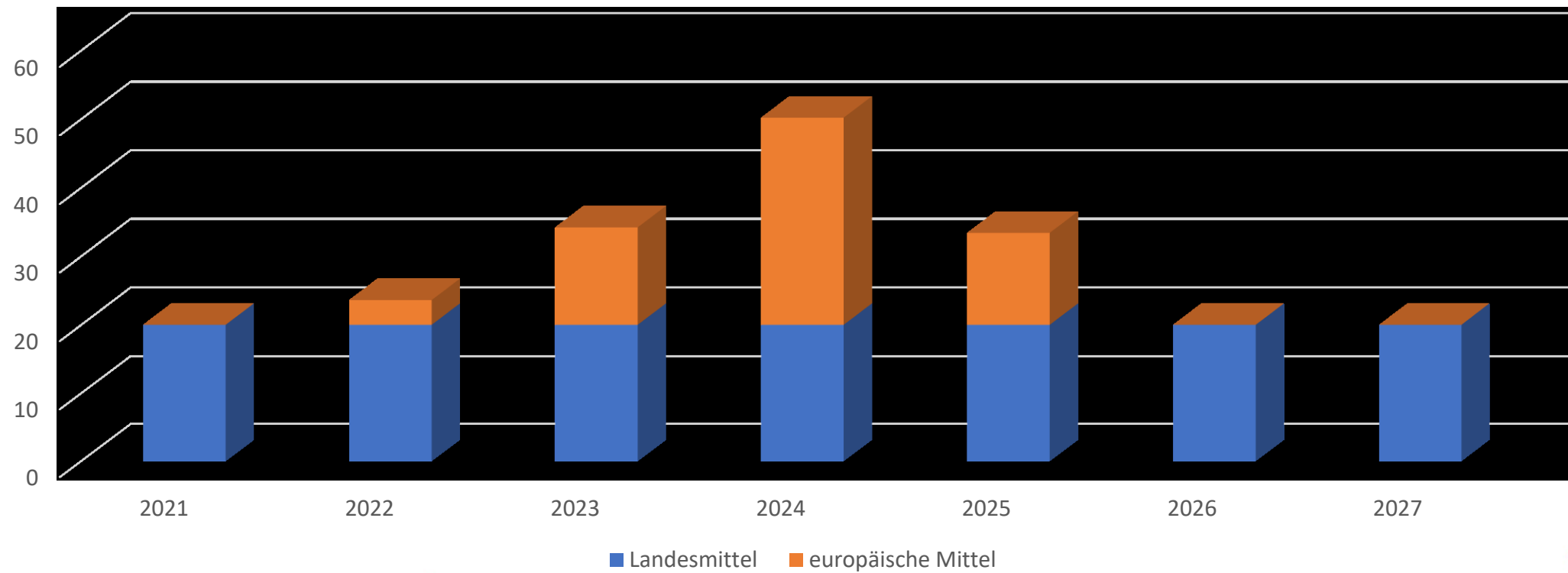
Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration
ESF-Verwaltungsbehörde
Hutfilterstr. 1-5, 28195 Bremen

feedback-esf@wae.bremen.de
www.esfplus.bremen.de



Begriffsdefinition

Diagrammtitel



Vorlage VL 21/4782

☒ **ÖFFENTLICH**

☐ **NICHT ÖFFENTLICH UND VERTRAULICH**

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Staatliche Deputation für Arbeit	3. Juni 2025	Kenntnisnahme

Wirtschaftlichkeit: Keine WU

VL-Nummer Senat:

Titel der Vorlage

Ausbildungsverbünde (Berichtsbitte der Fraktion der FDP)

Vorlagentext

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat am 14. April 2025 nachstehende Berichtsbitte an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration gerichtet:

„Vor dem Hintergrund der Debatten um Ausbildungsverbünde der letzten Monate bittet die FDP-Bürgerschaftsfraktion in der nächsten Sitzung um einen schriftlichen Bericht zu o.g. Thema.

Insbesondere bitten wir um die Erstellung einer Tabelle, die sämtliche Träger und die von Ihnen betreuten Projekte enthält. Darüber hinaus sollte die Tabelle folgende Informationen zu den Projekten enthalten:

- *Projekt*
- *Träger*
- *Beginn und Ende des Projekts*
- *Ziel-Ausbildung(en)*
- *„Zusammensetzung der Teilnehmer“*
- *Abschlussquote M/W/d*
- *Wie viele Teilnehmer sind oder waren auf dem ersten Arbeitsmarkt*
- *Wie viele Teilnehmer sind weiterhin auf dem ersten Arbeitsmarkt*
- *Teilnehmeranzahl*
- *Anzahl der Abbrecher*
- *wie viele Teilnehmer wurden während der laufenden Ausbildung übernommen*
- *Bewilligte Mittel bis heute pro Projekt“*

B. Lösung

Vorbemerkung:

Für die Beantwortung der Fragen „Wie viele Teilnehmende sind oder waren auf dem ersten Arbeitsmarkt?“ sowie „Wie viele Teilnehmende sind weiterhin auf dem ersten Arbeitsmarkt?“ wurden die Daten der telefonischen Teilnehmendenbefragung herangezogen, die einmal unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Verbund und einmal sechs Monate nach Ausscheiden aus dem Verbund durchgeführt wird. Da sich nicht alle ehemaligen Teilnehmenden an dieser Befragung beteiligen, müssen die Zahlen als Mindestangaben verstanden werden.

Für die Ermittlung der Teilnehmendenzahl, die ihre Ausbildung im Verbund abgebrochen haben, wurden sämtliche Gründe für das Ausscheiden aus dem Verbund zusammengefasst, einzige Ausnahme stellt die Überführung in eine betriebliche Ausbildung dar, da diese Zahl separat ausgewiesen wird. Gründe für das Ausscheiden aus dem Verbund umfassen sowohl betriebsbedingte Kündigungen als auch das freiwillige Ausscheiden der jungen Menschen, z.B. zugunsten einer Arbeitsaufnahme unabhängig vom Ausbildungsberuf.

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration verweist für die Beantwortung der Berichtsbitte auf die beigefügte Anlage.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Entfällt.

E. Beteiligung und Abstimmung

Nicht erforderlich.

Anlage

Teilnehmendendaten zu den Ausbildungsverbünden

Beschlussempfehlung

Die staatliche Deputation für Arbeit nimmt die Antwort der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf die Berichtsbitte der FDP-Fraktion zur Kenntnis.

Anlage(n):

1. TOP III.2 (L) Ausbildungsverbünde_Anlage

Teilnehmendendaten zu den Ausbildungsverbünden

Projekt		SeeSV	ABiG
Träger		Berufliche Bildung Bremerhaven gGmbH	Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH
Beginn des Projektes		21.09.2020	16.11.2020
Ende des Projektes		28.02.2027	31.12.2025
Gesamtzahl der Teilnehmenden seit Beginn des Projektes	gesamt	518	501
	m	355	358
	w	163	143
	d	0	0
Anzahl der Teilnehmenden mit Migrationsbiographie/ Fluchthintergrund	gesamt	296	350
	m	221	260
	w	75	90
	d	0	0
Anzahl der Teilnehmenden, die Ihre Ausbildung erfolgreich im Verbund abgeschlossen haben	gesamt	164	117
	m	116	84
	w	48	33
	d	0	0
Anzahl der Teilnehmenden, die auf dem ersten Arbeitsmarkt waren oder sind (Abfrage nach dem Projekt und nach 6 Monaten)		178	107

Anzahl der Teilnehmenden, die weiterhin auf dem ersten Arbeitsmarkt sind (Stand 6 Monate nach Projektende)		126	97
Anzahl der Teilnehmenden, die Ihre Ausbildung im Verbund abgebrochen haben		199	188
Anzahl der Teilnehmenden, die während Ihrer Zeit im Verbund in eine betriebliche Ausbildung übernommen wurden		30	132
Gesamtzahl der Teilnehmenden, die immer noch im Projekt sind (Stand: 02.05.2025)	gesamt	125	64
	m	82	48
	w	43	16
	d	0	0
Summe bewilligte Mittel		33.476.691,88 €	46.024.339,11 €
		Altenpfleger*in	Anlagenmechaniker*in für SHK
		Anlagenmechaniker*in für SHK	Bodenleger*in
		Bauten-Objektbeschichter*in; Maler*in	Elektroniker*in für Betriebstechnik
		Elektroniker*in für Betriebstechnik	Elektroniker*in für Energie-/ Gebäudetechnik
		Elektroniker*in für Energie-/ Gebäudetechnik	Fachkraft für Lagerlogistik
		Fachinformatiker*in-Systemintegration	Fachkraft für Metalltechnik (FR Montagetechnik)
		Fachkraft für Gastronomie	Fachkraft Gastronomie
		Fachkraft für Lagerlogistik	Fachkraft Küche
		Fachkraft für Metalltechnik (FR Konstruktionstechnik)	Fachlagerist*in

Ziel Ausbildungsberufe		Fachkraft im Gastgewerbe	Fachleute für Restaurants- und Veranstaltungsgastronomie
		Fachkraft Küche	Fahrzeuglackierer*in
		Fachlagerist*in	Friseur*in
		Fachleute für Restaurants- und Veranstaltungsgastronomie	Gärtner*in (FR Garten- und Landschaftsbau)
		Fahrzeuglackierer*in	Glaser*in
		Feinwerkmechaniker*in	Hauswirtschaftler*in
		Friseur*in	Holzmechaniker*in
		Gärtner*in (FR Garten- und Landschaftsbau)	Industriemechaniker*in
		Hauswirtschaftler*in	Kaufleute E-Commerce
		Hotelfachleute	Kaufleute für Büromanagement
		Immobilienkaufleute	Kaufleute für Digitalisierungsmanagement
		Industrieelektriker*in	Kaufleute im Einzelhandel
		Industriemechaniker*in	Kaufleute IT-System Management
		Kaufleute für Büromanagement	Köchin/ Koch
		Kaufleute für Spedition und Logistik	Kraftfahrzeugmechatroniker*in
		Kaufleute für Sport und Fitness	Maler*in und Lackierer*in
		Kaufleute für Tourismus und Freizeit	Maschinen- und Anlagenführer*in
		Kaufleute für Versicherung und Finanzanlagen	Mechatroniker*in
		Kaufleute im Einzelhandel	Medizinische*r Fachangestellte*r

		Kaufleute im Gesundheitswesen	Metallbauer*in für Konstruktionstechnik
		Kaufleute im Groß- und Außenhandel	Restaurantfachleute
		Köchin/ Koch	sonstiges
		Konstruktionsmechaniker*in	Sport- und Fitnesskaufleute
		Kraftfahrzeugmechatroniker*in	Tischler*in
		Maler*in und Lackierer*in	Verkäufer*in
		Maurer*in	
		Mechatroniker*in	
		Mediengestalter*in Digital und Print	
		Medizinische*r Fachangestellte*r	
		Metallbauer*in für Konstruktionstechnik	
		Pharmazeutische*r Fachangestellte*r	
		Rechtsanwaltsfachangestellte*r	
		Restaurantfachleute	
		sonstiges	
		Tischler*in	
		Verkäufer*in	
		Zahnmedizinische*r Fachangestellte*r	
		Zimmerer/ Zimmerin	



Freie
Hansestadt
Bremen

BERICHT ZUM AUSBILDUNGSUNTERSTÜTZUNGS- FONDS

LANDESAUSSCHUSS FÜR BERUFSBILDUNG 19.06.2025



Die Senatorin für Arbeit, Soziales,
Jugend und Integration

1. Das Gesetz
2. Die Maßnahmen
3. Die aktuelle Umsetzung

Gesetz zur Errichtung des Ausbildungsunterstützungsfonds (AusbUFG vom 28. März 2023, zuletzt geändert 1. April 2025)



Beitrag zur Fachkräftesicherung und präventiver Vermeidung von prekärer Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit

Der Fonds soll insbesondere zur

- Verbesserung des Matchings durch bedarfsorientierte Maßnahmen,
- Unterstützung der Betriebe im Umgang mit Auszubildenden mit besonderen Herausforderungen,
- Verbesserung der betrieblichen Ausbildungsqualität und
- Erhöhung des Ausbildungsengagements von – insbesondere kleinen – Unternehmen durch Minderung von Investitionsrisiken in Ausbildung beitragen.

- Einrichtung eines Fonds (§ 1) - Finanzierung durch Arbeitgeber-Beiträge (Sonderrücklage)
- Geltungsbereich (§ 2): Betriebe im Land Bremen (inkl. öffentlicher Dienst, Ausnahme: branchenspez. Fonds, Bagatellgrenze)
- Optionsrahmen für Eckwerte (Abgabe max. 0,3 %, Ausgleichszuweisung max. 2.500 €), **aktuell:** 0,27 % Abgabe, 2.250 €
Ausbildungskostenausgleich, 135.000 Bagatellgrenze
- Steuerung über Verwaltungsrat (§ 9)



Alle Arbeitgeber:innen im Geltungsbereich zahlen Ausbildungsabgabe.

- 1. Für jedes Ausbildungsverhältnis erhalten Arbeitgeber:innen Ausgleichszuweisung.*
- 2. Finanzierung von bedarfsgerechten Maßnahmen.*

 Der Verwaltungsrat steuert den Ausbildungsunterstützungsfonds, gestaltet ihn aus und entwickelt ihn weiter.

- **Verwaltungsrat** (§ 9 AusbUFG + AusbUFVV)
 - 7 Mitglieder: Handelskammer, Handwerkskammer, UVHB, DGB, Arbeitnehmerkammer, Senat, Magistrat
 - **Aufgaben:**
 - Vorschlag zur Festlegung der Höhe der jährlichen Eckwerte
 - Detaillierte Budgetplanung
 - Vorschlag zur Maßnahmenplanung
- Übermittlung an den Senat zur Beschlussfassung

Die Maßnahmen

- beziehen sich auf die betriebliche Seite der beruflichen Ausbildung.
- müssen zusätzlich zu staatlichen Maßnahmen sein.
- unterstützen Betriebe bei allen Aufgaben, die die betriebliche Berufsausbildung beinhaltet: wie Matching oder Begleitung in Ausbildung.

Ziele der aktuellen Maßnahmenplanung:

- Betriebe und junge Menschen zusammenbringen,
- Kommunikation zwischen Betrieben und jungen Menschen verstärken,
- Berufsorientierung und Matching stärken,
- Betriebe beim „Onboarding“ und während der Ausbildung bei der Begleitung der Auszubildenden unterstützen.

Drei Maßnahmenschwerpunkte:

1. Ausbildungsbetriebsbegleitung

- Mit gemeinsamer Fachaufsicht; Begleitung Azubis & Beratung Betriebe
- Zusätzlich: Transition Guides (Übergang Schule – Beruf)

2. Bedarfsgerechte Angebote für Ausbildungsbetriebe

- Berufsorientierungsmaßnahmen, die Betriebe und junge Menschen zusammen bringen (Kofinanzierung BOM-Maßnahmen)
- Sprachcoaches und Prüfungsvorbereitung in Arbeitsplatznähe für Auszubildende
- Social Media für Betriebe (Matching fördern)

3. Ausbildungsstart intensiv

- Einführungstage mit betriebs-oder berufsbezogenen Inhalten
- Kompetenzen für die Orientierung und das Ankommen im Betrieb aufbauen und vernetzen mit anderen Azubis

Drei Maßnahmenschwerpunkte:

- Ausbildungsbetriebsbegleitung
- Bedarfsgerechte Angebote für Ausbildungsbetriebe
- Ausbildungsstart intensiv

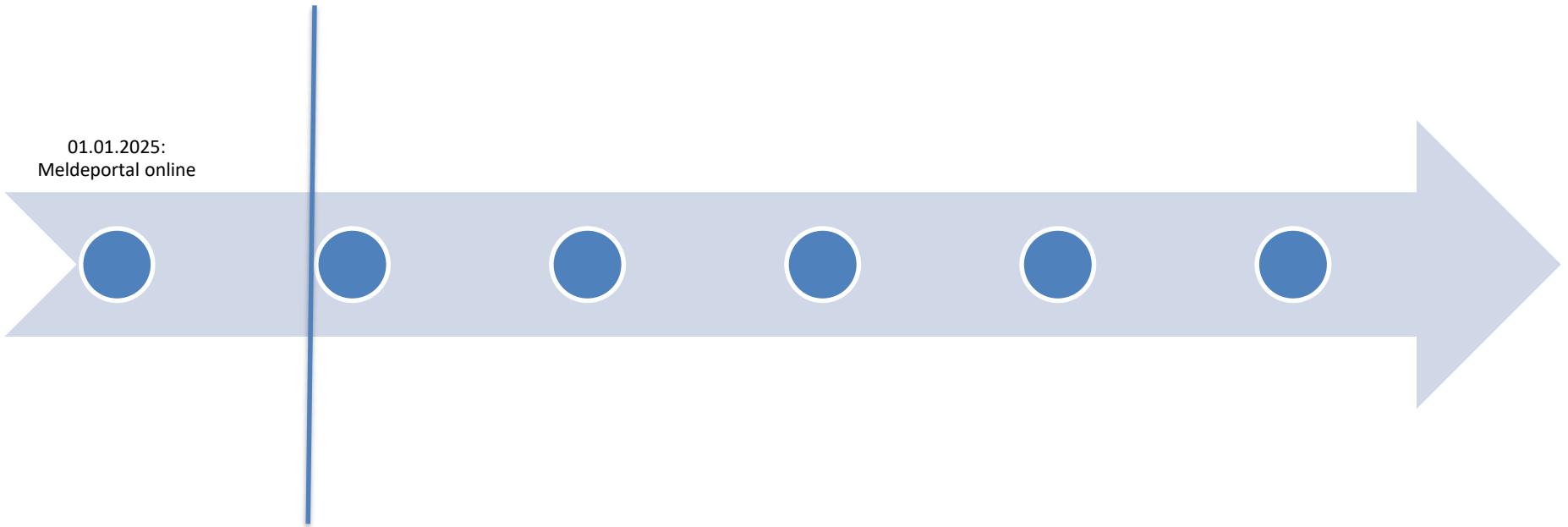
Ergänzende Maßnahmen:

– **Ausbildungskontinuität und Förderung der Verbundausbildung**

Förderung von Ausbildungsplätzen für junge Menschen, die aus verschiedenen Gründen ihre Ausbildung nicht fortsetzen können und kurzfristig keinen Anschluss in Ausbildung finden:

- Außerbetriebliche Plätze werden nach Bedarf aufgebaut und gefördert.
Ziel: Übergang in neuen Ausbildungsbetrieb.
- Verbundausbildungen werden nach Bedarf aufgebaut und gefördert.

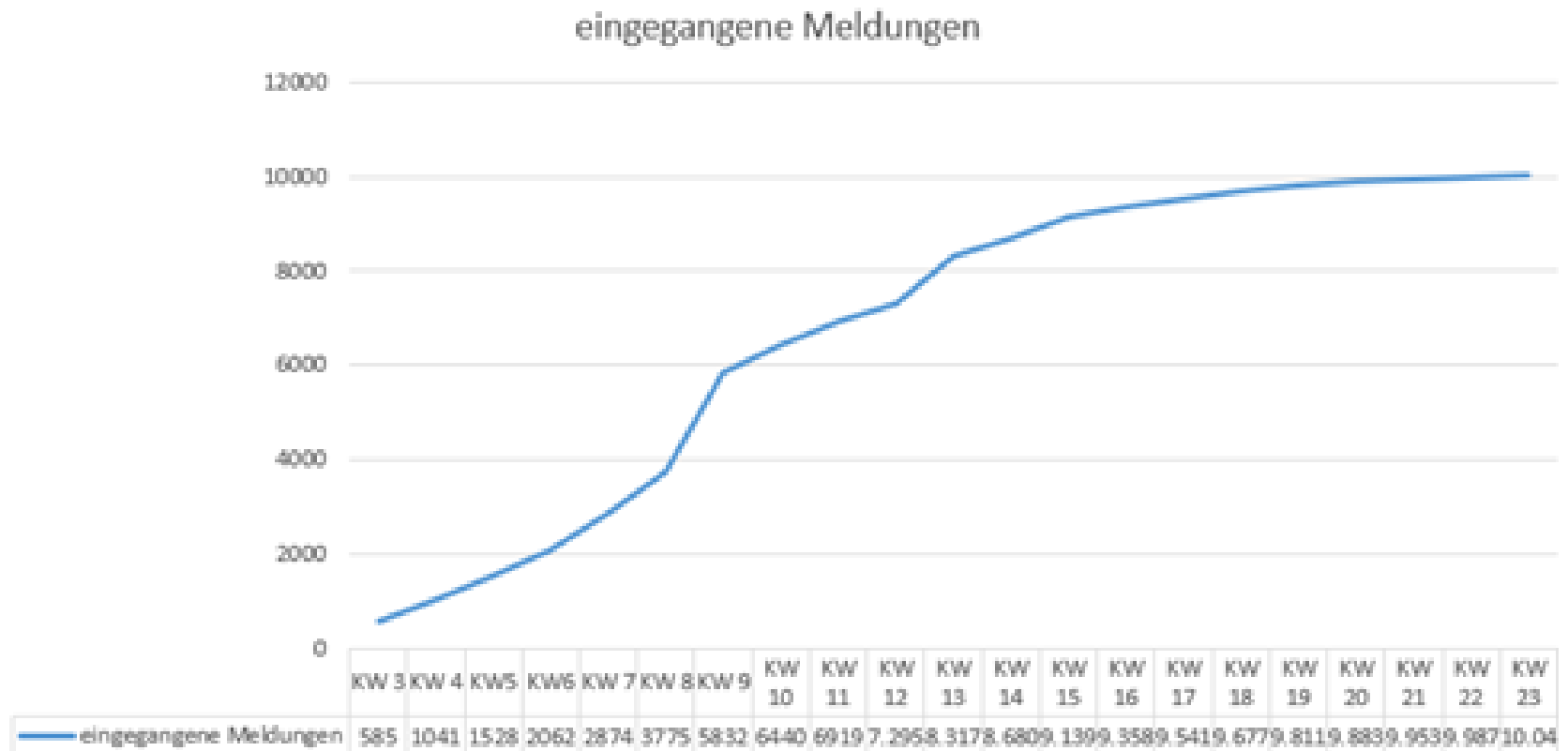
01.01.2025:
Meldeportal online



Statistik – Kundensupport (Anzahl Mailanfragen)

		KW 23 (bis 09.06.2025)		
	Kategorie	offen	erledigt	gesamt
1	Wer muss melden	1	891	892
2	Arbeitnehmerbruttolohn	0	198	198
3	Definition Azubi	0	132	132
4	Keine Arbeitnehmer	0	1486	1486
5	Vereine, Verbände, Kirchen	0	537	537
6	Zweigstellen, Tochterunternehmen	0	187	187
7	Vollschulisch ausgebildet Beschäftigte	7	193	200
8	Steuerberater	0	169	169
9	anderer Fonds	0	66	66
10	Beschwerde	0	74	74
11	Adressänderung Stammdaten	0	160	160
12	Unternehmen abgemeldet	2	833	835
13	ELSTER und MeinUK	0	1265	1265
15	Kulanz	3	667	670
16	Korrekturmeldung	0	258	258
17	analoge Meldungen	6	0	76
18	Widersprüche vor Bescheidbekanntgabe	7	0	7
19	Bescheidfragen	4	154	158
20	Erinnerungsschreiben	0	2678	2678
21	Lob und Dank			70
		30	9948	10118

Statistik IT-Fachverfahren match!



Zahlen

Anzahl gemeldete Azubis	12.010 (1.689)
Durchschnitt Beschäftigte	42
Durchschnitt Azubis	1
Durchschnitt Ausbildungsabgabe	3.100 €
Durchschnitt Ausgleichszuweisung	2.700 €

Zahlen

NACE Code 47 (Einzelhandel)	916
NACE Code 86 (Gesundheitswesen)	817
NACE Code 46 (Großhandel)	538
NACE Code 69 (Rechts- und Steuerberatung)	496
NACE Code 43 (Bauinstallation)	484

01.01.2025:
Meldeportal online

August/ September
Ausschreibung der
Maßnahmen

Dezember 2025
Ausgleichszahlungen
erfolgen

Ende Juni 2025 Versand
der Bescheide

Ab September Start der
Maßnahmen

2026 Start der
Verfolgung von
Ordnungswidrigkeiten

Freie Hansestadt Bremen

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

Abteilung Arbeit, Weiterbildung und Transformation

Hutfilterstr. 1-5 | 28195 Bremen

- **Claudia Koring**
- Referat 42 - Berufsbildungspolitik, Regionale Bündnisse, Grundsatzfragen der Finanzierung von Aus- und Weiterbildung
- +49 421 361 51 171
- claudia.koring@arbeit.bremen.de
- **Svenja Rohlfing**
- Leitung Geschäftsstelle Verwaltungsrat des Ausbildungsunterstützungsfonds
- +49 421 361 92733
- svenja.rohlfing@arbeit.bremen.de